

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für
Atompolitik**

Marcus Bosse, MdL

zu TOP Nr. 13

Abschließende Beratung
**Resolution zum Erhalt des Instituts für
Wissensanalyse und Wissenssynthese in Goslar**

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/2193

während der Plenarsitzung vom 10.12.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In der Tat ist es nicht allzu häufig der Fall, liebe Kollegin Staudte, dass wir einstimmige Beschlüsse fassen. Gerade bei einer Resolution ist es gut und richtig, denke ich, dass es einen einstimmigen Beschluss geben wird und Berlin deutlich gemacht wird, dass der Niedersächsische Landtag wirklich geschlossen dahintersteht, dass die Arbeit in Goslar fortgesetzt wird.

Einmalig war auch, dass wir aus dem Asse-Untersuchungsausschuss heraus einen Beschluss aller Fraktionen gefasst haben. Insofern ist das jetzt auch meiner Meinung natürlich durchaus ein gewisses Herrschaftswissen, das man versucht, sich anzueignen.

Was den Endlagersuchprozess auf der Bundesebene anbelangt, wird mir angst und bange, wenn man derart mit Daten und Unterlagen umgeht und schon da versucht, einiges für sich zu behalten, anstatt diese Unterlagen transparent und breit für diejenigen, die daran ein Interesse haben, für die Öffentlichkeit und auch für diejenigen Geologen und Forscher zu öffnen, die Wissenswertes finden wollen und müssen.

Das soll an der Stelle nicht nur für die Asse gelten. Wir wollen noch etwas mehr. Wir wollen, dass dort weitergearbeitet wird, nämlich auch was die Vergangenheit von Schacht Konrad angeht, was die Vergangenheit von Gorleben angeht. Das soll wissenschaftlich aufbereitet werden, damit man einen schnellen Zugriff auf die Daten hat. Es treibt mir die Schweißperlen auf die Stirn, wenn ich daran denke, wie dieser Endlagersuchprozess professionell fortgeführt werden soll, wenn schon jetzt, wo er noch in den Kinderschuhen steckt, solche Dinge passieren.

Ich will auch daran erinnern, dass das eine Bundesaufgabe ist. Der Bund würde sich an der Stelle wahrscheinlich freuen, wenn wir uns das letzten Endes zu eigen machen und das Portmonee aufmachen. Das sollten wir an der Stelle nicht tun.

Letzten Endes ist es komplett absurd, wie der Bund an der Stelle agiert. Wir fordern Transparenz, insbesondere für Niedersachsen, für die Menschen, die interessiert sind, für die Geologen und für die Zukunft. Niedersachsen kann und muss ein großes Interesse daran haben, diesen Prozess intensiv zu begleiten.

Ich danke Ihnen.